

## **Beschlüsse des Zentralrates 21. April 1999 (Auszug)**

Im Namen des gnädigen und barmherzigen Gottes

Kommuniqué des Zentralrates

Der Zentralrat der PLO hat im Rahmen seiner außerordentlichen Sitzungsperiode, die am 27. April begann, mehrere Versammlungen abgehalten. Präsident Yassir Arafat hat dem Rat einen Bericht vorgelegt, der nicht nur die gegenwärtige politische Situation im Nahen Osten umfassend behandelte, sondern auch auf die in Zukunft anfallenden, zentralen Aufgaben der Palästinenser einging. Dabei stehe die Vollendung des zukünftigen palästinensischen Staates mit der Hauptstadt Ostjerusalem an erster Stelle.

Der Friedensprozess, so Präsident Arafat in seinen Ausführungen, habe von palästinensischer wie gesamtarabischer Seite seinen Anfang mit der Madrider Konferenz auf Grundlage des Prinzips "Land gegen Frieden" genommen. Er unterstrich, dass die israelische Regierung die Verantwortung für den völligen Stillstand des Friedensprozesses trage, da sie ihre vertraglich festgelegten Verpflichtungen nicht eingehalten habe und eine aggressive Politik betreibe, die das palästinensische Volk, sein Land und seine Rechte zum Ziele habe. Darüber hinaus habe sie alle Abkommen, Verträge und Normen missachtet. Obwohl weltweiter Konsens darüber bestehe, dass die Rechte des palästinensischen Volkes eine Grundlage des Friedensprozesses und eine Hauptbedingung für seinen Fortschritt, seinen Erfolg und die Stabilisierung der Region darstellen, habe die israelische Seite diese Tatsache ignoriert.

Nach den Berichten der politischen Führung nahmen die Ratsmitglieder im Bewusstsein ihrer Verantwortung eine offene und demokratische Diskussion über alle Optionen, die in dieser bedeutungsvollen Situation zum Tragen kommen könnten, auf. Einigkeit herrschte darüber, dass der Staat Palästina mit der Hauptstadt Ostjerusalem aufgrund des Selbstbestimmungsrechtes des palästinensischen Volkes, der UN-Resolution 181 aus dem Jahre 1947 sowie der Unabhängigkeitserklärung von 1988 eine Tatsache ist. Durch Opferbereitschaft, Standhaftigkeit und fortdauernden Kampf habe sich das palästinensische Volk, so der Rat, zum eigentlichen Urheber dieses Staates und damit auch zum Urheber seiner Proklamation gemacht. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hingegen, mit ihren nationalen und demokratischen Institutionen, besitze die höchste Entscheidungsgewalt über den Zeitpunkt der Staatsausrufung und müsse sich diesbezüglich weder Verhandlungen noch dem Veto anderer Staaten unterwerfen.

Einstimmig erklärte der Rat, dass die aktuelle israelische Politik durch fortgesetzte Siedlungsaktivitäten und Expansion, durch Ablehnung und Einfrierung des Friedensprozesses und durch Verletzung der nationalen Rechte sowie der Menschenrechte des palästinensischen Volkes gekennzeichnet ist. Dies werde jedoch nicht die Entschlossenheit der Palästinenser beeinträchtigen, seine Rechte zu verwirklichen. Auf Grundlage der nationalen Einheit werden sich die unterschiedlichen politischen Strömungen innerhalb Palästinas der momentan von Israel betriebenen Politik entgegenstellen und alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte mobilisieren, um ihre Rechte, ihr Land und die dort lebenden Menschen zu verteidigen. Ziel des gerechten und legitimen Kampfes des palästinensischen Volkes ist die Beendigung der Besatzung, die Verwirklichung der Selbstbestimmung und der Staatsgründung sowie die Lösung der Flüchtlingsfrage auf der Grundlage der international gültigen Beschlüsse.

In diesem Zusammenhang begrüßten die Mitglieder des Zentralrates die Teilnahme von Vertretern der „Hamis" und des „Dschiad" an den Ratssitzungen. Sie bekräftigten, dass

diese Initiative ein deutliches Signal für die Einheit des palästinensischen Volkes angesichts der schwierigen Situation darstellt und dass man vergeblich auf seine Spaltung gesetzt hat.

Der Rat stimmte darin überein, dass das palästinensische Volk sein klares Bekenntnis zum Frieden, den alle Staaten der Welt unterstützten, und der als eine der Säulen der regionalen und internationalen Stabilität angesehen wird, nicht rückgängig machen wird. (...)

Deshalb fordert der Zentralrat die internationale Gemeinschaft, die UNO und insbesondere die Staaten, die die Abkommen mitgetragen und sie unterzeichnet haben, auf, darauf hinzuwirken, Israel zur Erfüllung seiner ihm zugewiesenen Verpflichtungen gemäß den zwischen der israelischen Regierung und der Palästinensischen Befreiungsorganisation abgeschlossenen Verträgen zu zwingen. Dies führe zur Umsetzung der Beschlüsse 242 und 338 des Sicherheitsrates und aller übrigen entsprechenden rechtmäßigen Beschlüsse.

Am Ende der dreitägigen Sitzungen beschloss der Rat Folgendes:

1. Der Zentralrat wird seine gegenwärtigen Zusammenkünfte fortführen bis es zu der Einberufung einer Vollversammlung im Juni dieses Jahres kommt.
2. Die erforderlichen Maßnahmen zur Vervollständigung der Strukturen und Institutionen des Staates und zur Festigung seiner Souveränität müssen vorangetrieben werden. Dies soll durch die Bildung von Arbeitsausschüssen, die den Sonderausschuss für den Entwurf einer Verfassung einschließen, geschehen. In diesem Zusammenhang begrüßt der Rat die positive Antwort des Generalsekretärs der Liga der arabischen Staaten, Dr. Ismet Abd Almadjid, auf das palästinensische Gesuch, ein arabisches Oberkomitee unter seinem Vorsitz einzurichten, welches bei der Ausarbeitung der Verfassung behilflich sein soll.
3. Der Zentralrat beauftragt das Exekutivkomitee der PLO, die Stellungnahmen der Geberländer eingehend zu studieren und mit ihnen hinsichtlich der Verwirklichung der übergeordneten Interessen des palästinensischen Volkes zusammenzuarbeiten.
4. Der Zentralrat betont die zentrale Bedeutung der Stadt Jerusalem und hebt hervor, dass alle Maßnahmen und Anordnungen, die Israel als Besatzungsmacht in Jerusalem und anderswo unternahm und noch unternimmt, Null und Nichtig und illegal sind. Sie müssen eingestellt und ihre Folgen rückgängig gemacht werden. In diesem Zusammenhang unterstreicht der Zentralrat die betreffenden UN-Resolutionen und würdigt die jüngste Stellungnahme der EU zu Jerusalem. Ebenso begrüßt er die unverrückbare Position der arabischen, islamischen und der blockfreien Staaten zu Jerusalem.
5. Der Zentralrat ruft das gesamte palästinensische Volk auf, der Siedlungspolitik, dem Bodenraub, den Häusersprengungen, dem Bau von Umgehungsstraßen und den in Jerusalem wie in allen anderen palästinensischen Gebieten stattfindenden rassistischen Judaisierungsmaßnahmen mit aller Energie entgegenzutreten. Der Rat bekräftigt erneut, gestützt auf die Beschlüsse der Vollversammlung und des Sicherheitsrates, die Illegalität und Ungültigkeit dieser aggressiven Politik. Er beauftragt das Exekutivkomitee der PLO, angesichts dieser Gefahr die nötigen Gegenmaßnahmen einzuleiten.

In diesem Zusammenhang begrüßt der Zentralrat die für den 25. Juli 1999 angesetzte Konferenz der Unterzeichner der 4. Genfer Konvention. Er appelliert an die Konferenz, die in der Konvention beschlossenen Maßnahmen zu ergreifen, um Israel zur Umsetzung der Konvention in den besetzten palästinensischen Gebieten zu zwingen.

6. Der Zentralrat begrüßt die Standhaftigkeit unserer gefangenen und verhafteten Helden in den Gefängnissen der Besatzung. Er bekräftigt die Absicht, sie zu befreien und ihrem Leiden ein Ende zu setzen.

7. Der Zentralrat unterstreicht die Notwendigkeit, den weiteren Aufbau des Landes, die Verankerung der Rechtsstaatlichkeit, den Demokratisierungsprozess und die Institutionen der Zivilgesellschaft zu unterstützen.

Der Zentralrat begrüßt die Standhaftigkeit unseres großartigen Volkes, mit der es sich um seine nationale Führung schart. Er ruft zu noch größerer Wachsamkeit und Bereitschaft in diesen geschichtlichen Augenblicken des Verlaufs des Kampfes unseres Volkes auf. Er bekräftigt mit vollstem Vertrauen, dass der Anbruch der Morgenröte und der Sieg kommen werden.

Im Namen Gottes des Allerbarmers